

Zeitschrift: SuchtMagazin
Herausgeber: Infodrog
Band: 39 (2013)
Heft: 5

Artikel: EU-Drogenmarkt : neue Erkenntnisse
Autor: Trautmann, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-800059>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EU-Drogenmarkt: Neue Erkenntnisse

Der illegale Drogenmarkt in der EU ist in seinem Umfang ein überschätztes, in seiner komplexen Vernetzung mit anderen illegalen Märkten aber vielfach unterschätztes Phänomen. Die Analogien mit den legale Märkte prägenden Mechanismen sind auffällig. ExpertInnen betonen die nachhaltigen Effekte der Wirtschaftskrise, die von politischem Konservatismus begleitet wird, auf den Drogenmarkt (zunehmender Konsum) und auf die Drogenpolitik (Sparmassnahmen und mehr Repression). Die Ineffektivität, die hohen Kosten und unbeabsichtigten negativen Konsequenzen der prohibitiven Drogenpolitik legen eine Prüfung drogenpolitischer Alternativen nahe.

Franz Trautmann

MSc, Leiter der Abteilung Internationalisierung, Trimbos-instituut – The Netherlands Institute of Mental Health and Addiction, Postbus 725, NL-3500 AS Utrecht, Tel. +31 (0)30 2959 358, ftrautmann@trimbos.nl, www.trimbos.nl

Schlagwörter: Drogenmarkt | Drogenpolitik | Europa | Cannabis | Substitution |

Einleitung

Im Mai 2011 gab die Europäische Kommission einem Konsortium von Forschungsinstituten – Trimbos-instituut¹, RAND Europe² und Institute for Criminal Policy Research (ICPR)³ – den Auftrag, verschiedene Aspekte des illegalen Drogenmarktes und der Drogenpolitik in der EU zu analysieren.⁴ Die Studie ist ein Follow-up des 2009 erschienen Berichts über die Entwicklung des weltweiten illegalen Drogenmarkts in der Periode 1998-2007.⁵ Die neue Studie konzentriert sich auf drei Themenschwerpunkte. Der erste umfasst eine ausführliche Analyse des Umfangs und Funktionierens des illegalen Drogenmarkts in der EU, der zweite eine Analyse einiger Detailsaspekte und Mechanismen dieses Marktes, und der dritte eine Untersuchung von zwei drogenpolitischen Fragen: eine nach den Effekten von drogenpolitischen Massnahmen auf den Drogenmarkt und eine nach den Zukunftserwartungen von ExpertInnen was Entwicklungen des illegalen Drogenmarkts und der Drogenpolitik angeht. Dieser Artikel beschränkt sich hauptsächlich auf die Analyse des Umfangs des Cannabismarktes, den Effekt der Methadonvergabe auf den illegalen Heroinmarkt und auf die Zukunftserwartungen der ExpertInnen.

Methodologische Entscheidungen

Der Auftrag der Europäischen Kommission bestand aus einer Vielzahl von Forschungsfragen. Der verfügbare zeitliche und finanzielle Rahmen nötigte uns zur methodologischen Effizienz und zur inhaltlichen Fokussierung. Bei der Beantwortung einiger Fragen wendeten wir neue Analysemethoden auf vorhandene Daten⁶ an, z. B. bei der Schätzung des Umfangs des europäischen Cannabismarktes und der Analyse von anonymisierten Polizeiakten über Kokaindeals, um Einsicht zu bekommen in die Art, wie Konflikte zwischen Geschäftspartnern bei gescheiterten Kokaintransaktionen gelöst werden.

Für die Beantwortung anderer Fragen entschieden wir uns für eine primäre Datensammlung, wodurch es uns u. a. möglich

wurde, die Umfangsschätzungen des illegalen Drogenmarkts zu verbessern, die wir für den Bericht über die Entwicklung des weltweiten illegalen Drogenmarkts angefertigt hatten.

Primäre Datenerhebung

Im Rahmen des Projekts war es nicht möglich, primäre Daten in allen (damals) 27 EU-Ländern zu sammeln. Aus Durchführbarkeitsgründen beschränkten wir uns auf sieben EU-Mitgliedstaaten – Bulgarien, Grossbritannien (England und Wales), Italien, Niederlande, Portugal, Schweden und Tschechische Republik. Bei der Selektion wurden folgende Kriterien berücksichtigt: unterschiedliche Drogenprobleme (Produktion, Handel und Konsum), sozioökonomische Verschiedenheit, drogenpolitische Unterschiede, geographische Deckung und pragmatische Erwägungen (z. B. die Verfügbarkeit von Daten). Zudem beschränkten wir uns wieder auf vier Drogen: Cannabis, Kokain, Heroin und Amphetamine.⁷

Die Analyse des Umfangs und Funktionierens des EU-Drogenmarkts gingen wir in erster Linie von der Nachfrageseite her an. Zentrales Element war eine ausführliche Befragung von DrogenkonsumentInnen in den sieben selektierten Mitgliedstaaten. Dazu führten wir eine Online-Umfrage unter KonsumentInnen von Cannabis, Amphetaminen (inklusive Ecstasy) und Kokain mit unterschiedlichen Konsummustern (von unregelmässig bis problematisch) durch und verwendeten Face-to-face-Interviews mit ProblemuserInnen von Heroin, Kokain und Amphetaminen, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mit einer Online-Umfrage erreicht werden können.⁸

Wir haben ausführliche, offene Interviews geführt mit Personen, die eine prägende Rolle im (illegalen) Drogenmarkt spielen, z. B. mit ProduzentInnen von Cannabis für medizinische Zwecke, mit EigentümerInnen von Coffeeshops in den Niederlanden und mit SpezialistInnen von Polizei und Justiz. Für die Exploration der Erwartungen von ExpertInnen in Bezug auf die Entwicklungen von Drogenmärkten und Drogenpolitik in der nahen Zukunft setzten wir eine Delphi-Befragung ein (drei Online-Runden und eine E-Mail-Runde). Für die Erforschung der Effekte von drogenpolitischen Massnahmen auf den Drogenmarkt nahmen wir zusätzliche Fragen in die KonsumentInnenfragebögen für die bereits erwähnten Online- und Face-to-face-Umfragen auf und führten telefonische Interviews mit selektierten ExpertInnen.

Umfang und Funktionieren des EU Drogenmarkts – das Beispiel Cannabis

In diesem ersten Teil der Studie wurden verschiedene Aspekte des illegalen Drogenmarkts untersucht, wobei neben vorhandenen Forschungsdaten Erkenntnisse aus den oben erwähnten Umfragen bei DrogenkonsumentInnen als Grundlage dienten. Der Nachdruck lag dabei auf einer detaillierten Analyse des Kauf- und Konsumverhaltens, der Verfügbarkeit der Substanzen und auf der Erstellung und Analyse einer KonsumentInnen-typologie basierend auf der Konsumfrequenz. Die Ergebnisse dieser Analyse dienen als Grundlage für eine Schätzung der jährlichen Konsummengen pro KonsumentInnentyp in den sieben selektierten EU-Mitgliedstaaten.⁹

Unsere Online-Umfrage resultierte in umfangreichen Stichproben (Total 4'126 CannabisrespondentInnen), die eine sehr detaillierte Analyse von vier KonsumentInnentypen ermöglichte: vereinzelt (<11 Tage im Jahr), gelegentlich (11-50 Tage im Jahr), regelmässig (51-250 Tage im Jahr) und intensiv Konsumierende (>250 Tage im Jahr).

Die Resultate zeigen substantielle Unterschiede zwischen KonsumentInnentypen, die universal zu sein scheinen, aber auch ansehnliche ländergebundene Unterschiede. Ein universales Phänomen ist, dass intensive KonsumentInnen häufiger männlichen Geschlechts sind und früher mit dem Cannabiskonsum anfangen.

Auf Grund dieser Daten schätzen wir den Umfang der Ausgaben für Cannabis in der EU im Jahr 2010 auf ungefähr 7-10 Milliarden Euro. Frühere Schätzungen des EU Cannabismarkts reichten von 15-35 Milliarden Euro.

Dass unsere Schätzung etwas niedriger ist, dürfte zum Teil daran liegen, dass wir auch Zahlen aus Bevölkerungsbefragungen in unsere Kalkulation mit einbezogen, in denen DrogenkonsumentInnen wahrscheinlich unterrepräsentiert sind. Das reicht allerdings nicht zur Erklärung dieses Unterschieds.

Erklärungen für Überschätzungen des Marktumfangs

Die Hintergründe des Unterschieds sind interessant. Unsere Studie zeigt, dass CannabiskonsumentInnen, die häufiger konsumieren, pro Joint oder Pfeife jeweils auch eine grössere Menge konsumieren. KonsumentInnen, die vereinzelt oder gelegentlich konsumieren, teilen zudem häufig ihren Joint oder ihre Pfeife, was die Konsummenge weiter reduziert. Unsere Daten zeigen, dass dieses Bild weitgehend auch für Amphetamin-, Ecstasy- und KokainkonsumentInnen zutrifft.

Frühere Schätzungen multiplizierten die Zahl der KonsumentInnen mit einer Durchschnittszahl von Konsumgelegenheiten pro UserIn pro Jahr und einer Durchschnittsmenge Cannabis pro Konsumgelegenheit. Das resultiert in einer Überschätzung der Konsummenge, u.a. weil UserInnen, die vereinzelt oder gelegentlich konsumieren, bei weitem die grösste KonsumentInnen-gruppe sind, aber pro Konsumgelegenheit nur geringe Mengen zu sich nehmen, auch weil sie diese Menge häufig noch mit anderen teilen. Unsere Studie zeigt auch, dass nur ein relativ kleiner Teil der CannabiskonsumentInnen intensive UserInnen sind (zwischen 5 und 25%), die allerdings für den Hauptteil der jährlichen Konsummengen (zwischen 55 und 77%) in den sieben untersuchten Ländern verantwortlich sind. UserInnen, die weniger als einmal im Monat konsumieren, bilden die grösste Gruppe der Personen, die angeben, im letzten Jahr konsumiert zu haben, sind aber nur für 2% (oder weniger) der total konsumierten Menge verantwortlich.

Dazu kommt noch, dass man gemäss unseren Daten bei Personen, die angeben, im letzten Monat konsumiert zu haben, nicht ableiten kann, dass sie (dieselben Mengen) jeden Monat konsumieren. Den angegebenen Monatskonsum einfach mit zwölf zu

multiplizieren, führt so gut wie sicher zu einer deutlichen Überschätzung der Konsummengen. Ausserdem haben wir auf Grund unserer Daten den Eindruck, dass andere Studien den Anteil der Personen, die angeben (im letzten Jahr) grosse Mengen konsumiert zu haben, zu hoch angeben. Schlussendlich verwenden frühere Studien höhere Schätzungen der Cannabismengen pro Joint oder Pfeife, als wir in unserer Studie gefunden haben.

Ein bestimmender Faktor in dieser Schätzung des Umfangs der Ausgaben für Cannabis ist der Marktpreis von Cannabisprodukten. Darauf hat, wie eine unserer Teilstudien zeigt,¹⁰ u.a. der gesetzliche Rahmen Einfluss. Unsere Analyse der Produktions- und Distributionskosten macht deutlich, dass strafrechtliche Massnahmen gegen Produktion und Distribution den Preis in die Höhe treibt. Diese Preissteigerung ist u.a. als Kompensation für Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Beschlagnahmungen und mit illegalem Operieren zusammenhängenden Verlusten zu erklären. Allerdings tragen auch legale Produktion und legaler Verkauf zu im Vergleich zum illegalen Geschäft höheren Kosten bei, z.B. wegen Geschäfts- und Personalkosten sowie Steueraufwänden legaler Verkaufsstellen.

Effekt der Methadonvergabe auf den illegalen Heroinmarkt

Eine andere Teilstudie unserer Analyse des EU-Drogenmarkts beschäftigte sich mit der Frage nach den Effekten der Opiat-Substitutionsbehandlung auf den illegalen Heroinmarkt in der EU.¹¹ Die Frage, die uns von der Europäischen Kommission gestellt wurde, war, ob sich dies auch in einer verringerten Nachfrage nach illegalem Heroin niederschlägt. Für die Einschätzung des Effekts auf den Heroinmarkt setzten wir eine Kombination von Informationen aus vorhandenen Datenquellen und aus unseren KonsumentInnenbefragungen ein. Aus pragmatischen Gründen beschränkten wir unsere Analyse auf die Methadonbehandlung, als die am meisten verwendete Substitutionsbehandlung in der EU, und auf die vier EU-Länder aus unserer Sieben-Länder Stichprobe mit detaillierten Daten zu dieser Behandlung (England, Italien, Niederlande und Tschechische Republik).

Unsere Berechnungen ergeben, dass die Methadonsubstitution die Konsumfrequenz und -intensität unter MethadonklientInnen reduziert. Auf individuellem Niveau ergibt sich eine Reduktion der konsumierten Menge reinen Heroins von durchschnittlich ungefähr 70%. Wenn man diese Schätzungen für die vier selektierten Länder extrapoliert, ergibt sich, dass die Methadonbehandlung die Menge reinen Heroins auf dem Drogenmarkt um rund 30% reduzieren dürfte.

Zukunftserwartungen von ExpertInnen

Für eine erfolgreiche Drogenpolitik ist es nicht nur wichtig, die Effekte und Effektivität von drogenpolitischen Massnahmen zu kennen und relevante Entwicklungen der Drogenproblematik zu verstehen, sondern auch zu antizipieren, wie Drogenmarkt und Drogenpolitik sich in der nächsten Zukunft entwickeln könnten. Der letzte Teil des Auftrags der Europäischen Kommission war daher eine Sondierung der Erwartungen von ExpertInnen, wie die Drogenprobleme sich in der EU in den nächsten Jahren entwickeln und was die drogenpolitischen Antworten auf diese Entwicklungen sein werden. Für die Beantwortung dieser Fragen führten wir eine Befragung nach dem Delphi-Verfahren durch, mit drei Online-Runden für eine Gruppe internationaler ExpertInnen und einer E-Mail-Runde für ExpertInnen aus den sieben selektierten EU-Ländern.¹² Wir konzentrierten uns dabei auf die Identifizierung von Schlüssel-trends im Drogenmarkt und in der Drogenpolitik für die kommenden Jahre. Als Ausgangspunkt wurden Trends gewählt, die wir in unserer Studie des weltweiten Drogenmarkts¹³ identifiziert hatten.

Analogien mit dem legalen Markt

Diese Studie erbrachte eine Reihe interessanter Befunde, gerade im Bereich der Entwicklungen des illegalen Drogenmarkts. ExpertInnen heben z.B. hervor, dass der illegale Drogenmarkt den gleichen ökonomischen Gesetzen gehorcht wie legale Märkte. Die prägenden Mechanismen der illegalen Wirtschaft unterscheiden sich nicht – wie vielfach unterstellt – wesentlich von den Mechanismen der legalen Wirtschaft. An drei nach Meinung der ExpertInnen zentralen Trends des illegalen Drogenmarkts lässt sich das zeigen: Drogenproduktion und -handel sind in immer grösseren kriminellen Unternehmen organisiert, das illegale Drogengeschäft globalisiert sich in zunehmendem Masse und schliesslich zeichnet sich auch im illegalen Drogenmarkt eine wachsende Diversifikation ab. Die Analogie zwischen illegalem Drogenmarkt und legalen Märkten ist in diesen Trends sehr deutlich sichtbar.

Unbeabsichtigte Folgen drogenpolitischer Massnahmen

Viele konsultierte ExpertInnen deuten diese «Wirtschaftswachstum»-Trends auch als unbeabsichtigte Folgen unterschiedlicher politischer Massnahmen. Die Drogenprohibition wird in dieser Hinsicht als wesentlicher Faktor genannt. Die ExpertInnen betonen, dass eine Kriminalisierung der Drogenproduktion und des Drogenhandels die Entwicklung einer immer professioneller organisierten Kriminalität begünstigt, ebenso wie die Verschiebung der Produktion illegaler Drogen von Ländern mit einer strengen und relativ effektiven Kontrollpolitik in Länder mit weniger gezielten Kontrollmassnahmen. Ein Beispiel ist die Verlagerung der Cannabisproduktion aus den südlichen Niederlanden über die Grenze nach Belgien, eine Folge des strengeren Vorgehens gegen Cannabisproduktion in den Niederlanden.

ExpertInnen weisen aber auch auf unbeabsichtigte Folgen anderer politischer Entscheidungen hin. Ein viel genanntes Beispiel ist die Entwicklung des offenen europäischen Markts u.a. durch das Schengen-Abkommen, das die Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen zum Ziel hat. Der illegale Drogenmarkt zeigt, dass der Effekt des Schengen-Abkommens sich nicht auf den legalen Markt beschränkt.

Konfliktmanagement im Kokainmarkt: ein Fallbeispiel

Wie weit die Analogie zwischen illegalem Drogenmarkt und legalen Märkten geht, zeigt sich aus einer anderen explorativen Teilstudie zu den Spielregeln des illegalen Drogengeschäfts. Darin wird in einer Fallstudie zum Konfliktmanagement beim Kokainschmuggel in den Niederlanden untersucht, auf welche Weise potentielle Konflikte in einem illegalen Markt gelöst werden.¹⁴ Es erweist sich, dass es auch in diesem illegalen Geschäft wichtig ist, gute Arbeitsbeziehungen mit LieferantInnen und MitarbeiterInnen zu pflegen. Die Studie nimmt 33 gescheiterte Transaktionen im niederländischen Kokainschmuggel unter die Lupe und zeigt, dass die Beteiligten zuerst versuchen, die Hintergründe des Misserfolgs zu verstehen und in Verhandlungen eine für alle Parteien befriedigende Lösung zu finden. Überraschenderweise kommt es in einem als sehr gewalttätig bekannten Markt, in dem die Beteiligten sich nicht auf gesetzlich verankerte Spielregeln für die Lösung von Uneinigkeiten berufen können, in nur 40% der Fälle zu Gewalt oder Drohungen mit Gewalt.

Eine andere Teilstudie macht noch einmal deutlich, dass illegale und legale Märkte nicht voneinander getrennt, sondern miteinander verbunden sind wie Prozesse und Aktivitäten in Ökosystemen. Der illegale Drogenmarkt ist kein deutlich abgegrenzter Markt, sondern auch mit anderen illegalen kriminellen Geschäften eng verwoben. Die AutorInnen nennen dies «polymorphe kriminelle Netzwerke». Eine zentrale Schlussfolgerung dieser Studie ist, dass Strafverfolgungsmassnahmen und andere Inter-

ventionen, die Druck auf einen Markt ausüben, weitere Märkte beeinflussen. Denn diese polymorphen kriminellen Netzwerke werden von Profitzielen vorangetrieben und wollen eventuelle Einkommensverluste gutmachen und/oder sich diversifizieren, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu verbessern.¹⁵

Drei Einflussfaktoren: Wirtschaftskrise, zunehmender Konservatismus und wachsende Bedeutung des Internets

Zurück zur Delphi-Befragung: Nach Meinung der konsultierten ExpertInnen werden in den kommenden Jahren drei Trends eine wichtige Rolle auf dem Drogenmarkt und damit auch für die Drogenpolitik spielen. Erstens ist dies die Wirtschaftskrise. ExpertInnen erwarten, dass diese wie alle anderen in der Vergangenheit zu einem Anstieg des Drogenkonsums führen wird. Das gilt nicht nur für illegale Drogen sondern auch für legale, wobei Alkohol und Psychopharmaka am häufigsten erwähnt werden. In diesem Zusammenhang weisen ExpertInnen auch auf ein wachsendes Problem des Mischkonsums (Politoxikomanie) und auf die damit verbundenen, noch ungenügend bekannten Gesundheitsrisiken hin. Auffällig ist dabei auch, dass Alkohol als die zentrale Substanz in dem Drogencocktail gesehen wird.

ExpertInnen betonen auch, dass sich die Krise nicht nur auf die Nachfrageseite auswirkt. Der Drogenmarkt kann wie andere illegale Geschäfte auch als Einnahmequelle an Bedeutung gewinnen; hohe Arbeitslosigkeit und fehlende Geldmittel, um u.a. an Drogen zu kommen, sind Faktoren, die zum Einstieg in das Drogengeschäft verführen können.

Die Wirtschaftskrise hat auch Folgen für die Drogenpolitik. Die zwei wichtigsten sind nach Meinung der ExpertInnen Haushaltskürzungen für drogenpolitische Massnahmen und Prioritätsverlust auf der politischen Agenda. Diese Effekte könnten noch verstärkt werden durch den in vielen EU-Ländern wahrnehmbaren wachsenden (sozial)politischen Konservatismus, der gerade für die Sozial- und Gesundheitspolitik nachteilige Folgen haben könnte. Die Erwartung der ExpertInnen ist, dass dieser Konservatismus die Drohung von Haushaltskürzungen im drogenpolitischen Bereich, und hauptsächlich bei den schadensmindernden Massnahmen verstärken wird.

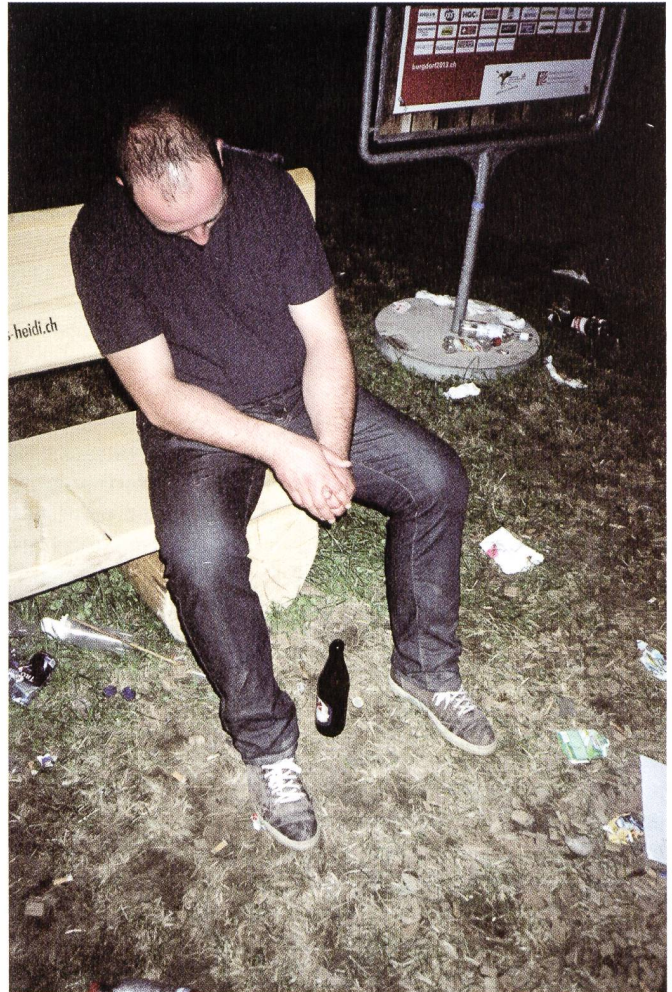
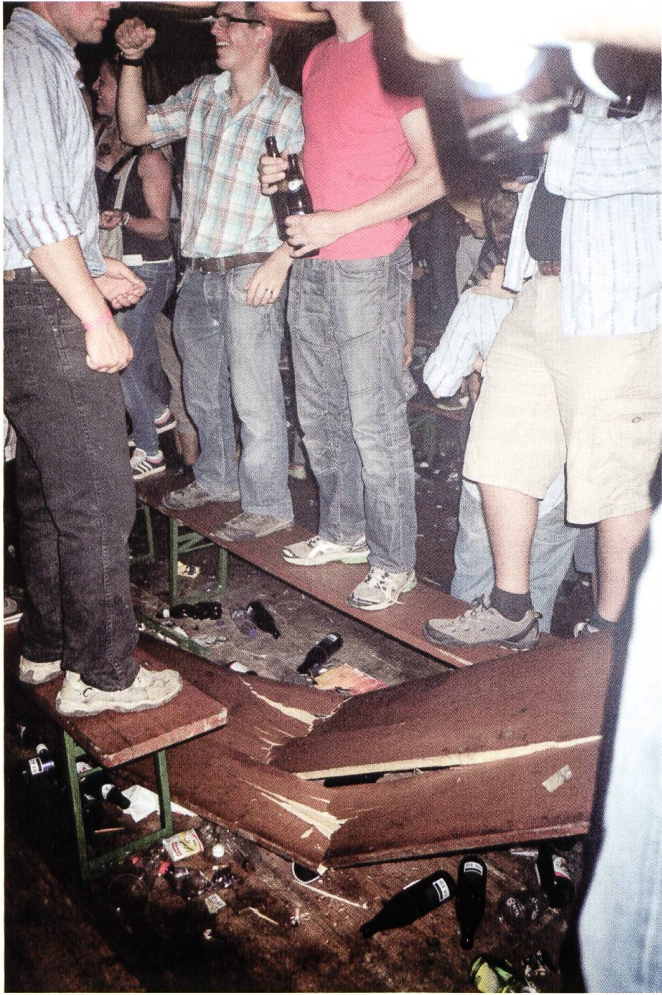
Zuletzt ist da noch der Hinweis auf die zunehmende Bedeutung des Internet als Drogenmarktplatz. Das gilt für illegale genauso wie für legale Substanzen, wie das Phänomen «Silk Road» zeigt, eine Website die ProduzentInnen/VertreiberInnen und KäuferInnen aneinanderkoppelt. Der Drogenmarkt droht so noch unkontrollierbarer zu werden.¹⁶

Einige Schlussfolgerungen

Neue Forschungsergebnisse führen in der Regel zu neuen Forschungsfragen. Das trifft auch für unsere Studie zu: Ein sehr dringliches Thema ist z.B. – auch nach Meinung der konsultierten ExpertInnen – die Erforschung der Effekte und möglichen Gesundheitsrisiken des Konsums von neuen psychoaktiven Substanzen und von Kombinationen verschiedener Mittel.

Prüfung drogenpolitischer Alternativen

Wichtig sind weiter die Prüfung drogenpolitischer Alternativen und die Erforschung der beabsichtigten und unbeabsichtigten Konsequenzen und der Kosteneffektivität von drogenpolitischen Massnahmen. Drogenpolitik operiert in einem sehr komplexen und zudem stark politisierten Feld, was das Finden von realisierbaren Alternativen erschwert. Die von uns analysierten Drogenmarktrends und die von den konsultierten ExpertInnen betonten negativen unbeabsichtigten Auswirkungen der prohibitiven Drogenpolitik zeigen diese Komplexität sehr nachdrücklich. Mit den auch in unserem früheren Bericht¹⁷ festgestellten Schattenseiten der gängigen Drogenpolitik wird die Bedeutung der Suche nach drogenpolitischen Alternativen noch



unterstrichen. Um eine politisierte Debatte über dieses Thema so weit wie möglich zu vermeiden, sollte die Frage nach den Massnahmen im Vordergrund stehen, die wirken, die effektiver und kostengünstiger sind und weniger negative Nebeneffekte haben als andere. Wie die Erfahrung zeigt, spielen bei drogenpolitischen Entscheidungen natürlich letztendlich neben fachlich-rationalen Überlegungen (u.a.: was sind bewiesene effektive Interventionen) immer auch politische Erwägungen (politische Agenda, Wählergunst, u.ä.) eine Rolle.

Alternativen zeichnen sich in zwei Bereichen ab: zeitlich befristete Prohibitionsmaßnahmen und Regulierung anstelle von Prohibition. Mit beiden Ansätzen wird – hauptsächlich im Bereich von Cannabis und der neuen psychoaktiven Substanzen – bereits experimentiert. Eine weitere Erforschung durch z.B. gründliche SWOT-Analysen,¹⁸ die auch soweit als möglich unbeabsichtigte Folgen taxieren, aber auch Pilotstudien unterschiedlicher Modelle von zeitlich befristeten Prohibitionsmaßnahmen und Regulierung wäre hilfreich.

Erforschung von Drogenmarktentwicklungen

Zudem stellen sich noch eine Reihe wichtiger Fragen zum Drogenmarkt, angefangen bei der Frage nach den Kosteneffekten der verschiedenen Regulierungsmodelle. Vor dem Hintergrund der Befunde aus unserer Studie zum Effekt der Methadonvergabe auf den illegalen Heroinmarkt ist natürlich auch die Frage interessant, inwieweit eine medizinische Vergabe von illegalen Mitteln den illegalen Drogenmarkt reduzieren kann. Wichtig ist sicherlich auch die Erforschung des Funktionierens und der Bedeutung des Internets als Drogenmarktplatz. Mit dem Verkauf von Drogen über das Internet lassen sich die heutigen Kontrollmaßnahmen umgehen, die auf Transaktionen gerichtet sind, welche im direkten Kontakt zwischen Personen abgewickelt werden.¹⁹

Genauere Berechnungen des Marktumfangs

Unsere Studie zeigt auch, dass genauere Berechnungen des Marktumfangs möglich sind und dass die Zahlen deutlich niedriger ausfallen als die bisher vielfach verwendeten größeren Schätzungen. Die Tatsache, dass diese groben Schätzungen bei näherem Hinsehen systematisch höher liegen als unsere Befunde²⁰ und dass sie vielfach als Legitimation verwendet werden, um vermehrten Kontrollaufwand zu rechtfertigen, lässt Zweifel an ihrer Unabhängigkeit aufkommen.

Ein komplexes Problem bedarf einer komplexen Antwort

Deutlich ist auch, dass ein komplexes, globales Problem wie das Drogenproblem einer breiten, internationalen Antwort bedarf, was aber nicht mit einer einheitlichen welt- oder europa-weit einzusetzenden «Lösung» gleichzusetzen ist. Unsere Studie zeigt auch – wie viele andere Studien und die Daten der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht EBDD – wie komplex das Drogenproblem in der EU ist und wie unterschiedlich (was konsumierte Mittel und Konsummuster betrifft) es sich in den verschiedenen Mitgliedstaaten zeigt. Eine einheitliche EU-Drogenpolitik ist nur sinnvoll als weitgehend gemeinsames Verständnis des Drogenproblems und als breiter Konsens über die Ziele der Drogenpolitik. Die EU-Drogenstrategie 2005-2012 kann als relativ gelungener Versuch gesehen werden, dies zu erreichen. Sie definiert den Rahmen für die zunehmenden Massnahmen, anerkennt aber ausdrücklich, dass nationale und regionale Unterschiede respektiert werden müssen.²¹ Der Hinweis auf wachsenden Drogenkonsum und steigende Beteiligung am Drogengeschäft als Folgeerscheinungen der Wirtschaftskrise macht deutlich, dass drogenpolitische Massnahmen alleine zu kurz greifen, um das Drogenproblem erfolgreich anzugehen. Information, Prävention, Behandlung

und Schadensbegrenzung müssen in einen breiteren sozialpolitischen Rahmen eingebettet sein, in dem soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft werden. Auch auf der Angebotsseite ist ein integrativer Ansatz angesagt, der im heutigen prohibitiven drogenpolitischen Rahmen u.a. das Vorgehen gegen Menschenhandel, Geldwäscherei und organisiertes Verbrechen mit einbeziehen sollte.●

Literatur

- Council of the European Union (2004): EU Drugs Strategy (2005-2012). CORDROGUE 77: Brussels.
- Cristin, N. (2012): Travelling the Silk Road: A measurement analysis of a large anonymous online Marketplace. arXiv:1207.7139v1. Cornell University Library: Ithaca, NY. www.tinyurl.com/n48cagf, Zugriff 05.09.2013.
- Kilmer, B./Burgdorf, J. (2013): Insights about cannabis production and distribution costs in the EU. S. 389-403 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull 2013.
- McSweeney, T./Skrine, O. (2013): The impact of opioid substitution treatment (OST) on the European heroin market. S. 271-288 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull 2013.
- Reuter, P./Trautmann, F. (Hrsg.) (2009): A Report on Global Illicit Drugs Markets 1998-2007. Brussels: European Commission.
- Rubin, J./Pardal, M./McGee, P./Culley, D. (2013): «Polymorphous criminal networks»: considering criminal groups' engagement across markets. S. 361-403 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull 2013.
- Soudijn, M./Reuter, P. (2013): Managing potential conflict in illegal markets: an exploratory study of cocaine smuggling in the Netherlands. S. 345-359 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull 2013.
- Trautmann, F. (2010): Auswirkungen der Drogenpolitik auf den weltweiten Drogenmarkt. SuchtMagazin 36(6): 15-20.
- Trautmann, F./Reuter, P./Van Gageldonk, A./Van der Gouwe, D. (2009): The drugs problem and drug policy developments between 1998-2007. S. 193-232 und S. 269-628 in: P. Reuter/F. Trautmann 2009.
- Trautmann, F./Kilmer, B./Turnbull, P. (Hrsg.) (2013): Further insights into aspects of the EU illicit drugs market. Brussels: European Commission.
- Trautmann, F. (2013): Exploring trends in the illicit drugs market and drug policy responses in the EU. S. 447-501 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull 2013.
- Van Laar, M./Trautmann, F./Frijns, T. (2013): Introduction. S. 59-72 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull 2013.
- Van Laar, M./Frijns, T./Trautmann, F. (2013): Drugs market: an assessment from the demand side. S. 73-182 in: F. Trautmann/B. Kilmer/P. Turnbull 2013.

Endnoten

- Das Trimboos-instituut, das unabhängige niederländische Institut für Psychische Gesundheit und Suchtprobleme in Utrecht kombiniert Forschung mit Praxis. Es unterstützt die Praxis mit der Entwicklung innovativer Methoden und mit einem Ausbildungsangebot im Bereich von Prävention, Behandlung und Schadensminderung.
- RAND Europe (Research AND Development) ist ein unabhängiges Institut, Teil der RAND Cooperation in den USA, das Politik und politische Entscheidungsprozesse mit Forschung und Analysen unterstützt.
- ICPR ist ein Forschungsinstitut am Birkbeck College (Universität von London), das sich auf strafrechtspolitische Themen konzentriert. Vgl. Trautmann/Kilmer/Turnbull 2013.
- Vgl. Reuter/Trautmann 2009. Vgl. auch den Beitrag von Trautmann 2010 im SuchtMagazin.
- U.a. von der EBDD und vom United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), aber auch aus nationalen und regionalen Studien.
- Unter Amphetaminen werden hier alle amphetaminartigen Substanzen verstanden, u.a. auch Ecstasy.
- Vgl. Van Laar/Trautmann/Frijns 2013.
- Vgl. Van Laar/Frijns/Trautmann 2013.
- Vgl. Kilmer/Burgdorf 2013.
- Vgl. McSweeney/Skrine 2013.
- Vgl. Trautmann 2013.
- Vgl. Trautmann/Reuter/Van Gageldonk/Van der Gouwe 2009.
- Vgl. Soudijn/Reuter 2013.
- Vgl. Rubin/Pardal/McGee/Culley 2013.
- Vgl. Cristin 2012, Trautmann 2013.
- Vgl. Reuter/Trautmann 2009.
- SWOT: Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats, d.h. eine systematische Analyse von Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken als Grundlage der strategischen Planung.
- Vgl. Cristin 2012.
- Vgl. Reuter/Trautmann 2009; Trautmann/Kilmer/Turnbull 2013.
- Vgl. Council of the European Union 2004.